

# E-MOBILE POLITIK

DEUTSCHLAND SOLL NACH DEM WILLEN DER BUNDESREGIERUNG ZUM LEITMARKT FÜR ELEKTROMOBILITÄT WERDEN. IM ERSTEN SCHRITT WURDEN DAFÜR IM KONJUNKTURPAKET 500 MILLIONEN EURO BEREITGESTELLT

War „Elektroauto“ im Jahr 2006 noch praktisch ein Unwort und die Technik in keinem der Strategie-papiere der Europäischen Union oder gar der Bundesregierung vertreten, so hat sich seit dem durchaus viel verändert. Kurz nachdem in Meseberg beschlossen wurde, Elektromobilität in das Klimaschutzpaket aufzunehmen, war Deutschland schon vollmundig dabei, nach dem Willen der zuständigen Minister, zum weltweiten „Leitmarkt für Elektromobilität“ zu werden. Dieses Ziel wurde auf der nationalen Strategiekonferenz für Elektromobilität ausgerufen. In unserem Bericht zur Konferenz (siehe SONNENENERGIE 01-2009) stellten wir die Frage: Geht es hier am Ende wieder nur darum, wie viele Millionen an wen umverteilt werden?

## 500 Millionen für den Leitmarkt

Nachdem bereits 2006 eine halbe Milliarde Euro für die Wasserstoffforschung bereitgestellt wurde – eine Technologie, deren Förderung die neue US-Regierung vor kurzem nun eine klare Absage erteilt hat – fanden sich im neuen Konjunkturpaket II der Bundesregierung ebenfalls 500 Mio. Euro, aber nun für Elektromobilität.

Der Bericht des Haushaltsausschusses zu diesem Konjunkturpaket gab unter Ziffer 9 bereits einen guten Einblick darauf, wie die Gelder aufgeteilt werden sollten. Im Fokus stehen Aktivitäten im Bereich Forschung, Markt- und Technologievorbereitung und Praxisversuche in Modellregionen.

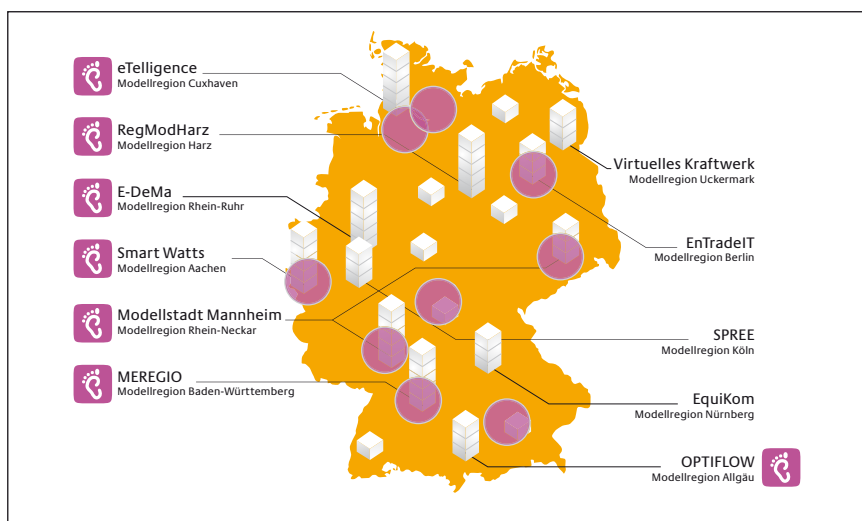
## 57 Millionen für „intelligente Steckdosen“

Die Verknüpfung von Elektromobilität mit dem Energienetz benötigt neue Systeme zum Datenaustausch. Hierzu wurden 47 Mio. Euro vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und 10 Mio. Euro von Bundesumweltministerium an die Antragsteller verteilt. Inoffiziell war schon lange bekannt, dass nur die Konsortien aus der Ausschreibung um die bereits laufenden E-Energy-Projekte, in denen die intelligenten Stromnetze der Zukunft erforscht werden sollen, eine echte Chance erhalten würden je Region rund 8 Mio. Euro in Steckdosen, Autos und Computer zu investieren.

Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg will vor allem das „hochleistungsfähige Forschungspotenzial [...] umsetzen“. Vor diesem Hintergrund wurden die 36 Projektvorschläge beim BMWi

gesichtet und Ende Mai standen die Gewinner offiziell fest:

- **e-mobility** – unter der Federführung des Energiekonzerns RWE soll im Kontext der E-Energy-Modellregion „E-DeMa“ das elektrische Fahren und intelligente Laden getestet werden.
- **E-Tour Allgäu** – in der hügeligen Voralpenregion des Allgäus soll Elektromobilität vor dem Hintergrund des Tourismus untersucht werden. Die Federführung hat hier die Hochschule Kempten.
- **GRID-Surfer** – so nennt das Konsortium um den Energieversorger EWE das Projekt zu Infrastruktur- und Abrechnungssystemen. Hier wird auf das E-Energy-Projekt „eTelligence“ aufgebaut. Als Besonderheit wird die praktische Erprobung eines Batteriewechselsystems hervorgehoben.
- **MEREGIOmobil** – der Energiekonzern EnBW plant im Jahr 2010 in Baden-Württemberg die Infrastruktur für eine große Zahl Elektrofahrzeugnutzer zu entwickeln. Man will auch an das Intelligente Haus anknüpfen, wodurch eine enge Anbindung an das E-Energy-Projekt „MEREGIO“ besteht.
- **Smart-Wheels** – wird die Erweiterung des E-Energy-Modellprojektes „Smart-W@tts“ im Raum Aachen. Die Federführung hat die Trianel GmbH. Die Trianel Gruppe ist eine überregionale Stadtwerke-Kooperation und baut derzeit für rund 1,4 Milliarden Euro ein neues Steinkohlekraftwerk in Lünen.



Die Karte listet die sechs Modellregionen (links) und die weiteren Finalisten (rechts) des E-Energy-Projektes auf. Mit dem „Mobilitätsfuß“ haben wir die Konsortien markiert, die nun weitere Gelder für das Thema Elektromobilität erhalten haben. Mit den Kreisen wurden die Modellregionen markiert, in denen das Verkehrsministerium investiert.

Insgesamt stehen dem Umweltministerium (BMU) aus dem Konjunkturpaket II aktuell 100 Millionen Euro für das Thema „Elektromobilität“ zur Verfügung. Wie beim BMWi werden auch die E-Energy-Regionen des BMU mit zusätzlichen 10 Millionen für die E-Mobilität gefördert. Ende Mai war es offiziell:

- **RegModHarz** – so lautet auch der Name des E-Energy-Projektes im Landkreis Harz, das sich zu 100%

aus Erneuerbaren Energien versorgen will.

- **Green Fleet** – in Mannheim wird der ortsansässige Energieversorger MVV, der auch im E-Energy-Projekt „Modellstadt Mannheim“ die Federführung hat, zusammen mit dem Softwareunternehmen SAP einen Großflottenversuch realisieren. SAP will seinen Fuhrpark um 100 Elektroautos erweitern

Die Aufteilung der verbleibenden 90 Millionen ist noch unklar. Das BMU will unter anderem Pilotanlagen für das Batterierecycling unterstützen, Hybridelektrobusse im öffentlichen Nahverkehr als auch die Elektromobilität im Lieferverkehr in einem Flottenversuch testen.

### 115 Millionen für Modellregionen

Das Verkehrsministerium hatte am 26. März 2009 die Regionen Deutschlands zur Interessensbekundung für das „Förderprogramm Modellregionen Elektromobilität“ aufgerufen. Bis 22. April mussten die Anträge für Projekte in Millionenhöhe bereits eingereicht werden und am 2. Juni gab Verkehrsminister Tiefensee die Modellregionen bekannt. Trotz der kurzen Zeit hatten sich 130 Regionen beworben. Nur acht haben den Zuschlag erhalten:

- Berlin/Potsdam
- Bremen/Oldenburg
- Hamburg
- München (mit einigen umliegenden Regionen)
- Rhein-Main (Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Mainz und Kassel)
- Rhein-Ruhr (mit Schwerpunkt Aachen und Münster)
- Sachsen (mit Schwerpunkten Dresden und Leipzig)
- Stuttgart

Unter diesen Regionen werden nun 115 Mio. Euro aufgeteilt. Mit dem Geld werden dann, wie in den anderen Projekten auch, vor allem Steckdosen und Elektroautos gekauft.

### 60 Millionen für LIB 2015

Bereits Ende 2007, also vor dem Konjunkturpaket II, wurden vom Forschungsministerium (BMBF) der Initiative „Lithium Ionen Batterie LIB 2015“ insgesamt 60 Millionen Euro zugesagt. Unter dem Schirm der LIB 2015 finden sich 60 Partner, darunter Li-Tec und Evonik, aber auch Volkswagen, Bosch und BASF. 21 Millionen Euro aus dem LIB 2015-Topf wurden bereits dem HE-Lion Konsortium zugesagt. Unter der Führung von der BASF Future Business GmbH sollen

in den nächsten vier bis sechs Jahren Lithium-Akkus entwickelt werden, deren Speicherkapazität um den Faktor zwei bis fünf höher ist, als die der heutigen Technik.

### 59 Millionen für „Lithium-2009“

Um die Produktion bereits heute bekannter Akkutechnik zu fördern, hat das Forschungsministerium rund 30 Millionen der Konjunkturpaketgelder den Eigentümern der Li-Tec GmbH, also an Daimler AG und die Evonik AG, vergeben. Die Li-Tec plant in Kamenz in Sachsen die Produktion von Lithium-Akkus.

Mindestens 10 Millionen will das Forschungsministerium am Standort Ulm in die dortige Universität Ulm und das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) investieren, „damit dort exzellente Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung im Bereich der Elektromobilität geschaffen werden können“, wie es in der Presseerklärung heißt. Derzeit ist das ZSW einer der Standorte, an dem Batterietests durchgeführt werden.

Auch das Verkehrsministerium will sich mit seinen Mitteln im Bereich Batterietests engagieren.

### 30 Millionen für Kompetenz

Aus den Töpfen des Forschungsministeriums soll die Finanzierung für das „Kompetenznetzwerk Systemforschung Elektromobilität“ kommen. Mit rund 30 Mio. Euro sollen an ausgewählten Hochschulen in Kooperation mit der Helmholtz-Gemeinschaft Kompetenzzentren in der Elektrochemie entstehen. Auch die Kompetenzen der Fraunhofer Gesellschaft im Bereich der Elektromobilität sollen mit diesem Geld gebündelt werden.

### 45 Minuten für die Katz

Im Bundestag stand das Thema „Elektromobilität“ dann offiziell am 14. Mai auf der Tagesordnung. Von Ulrich Kasparik, dem Staatssekretär des Verkehrsministeriums, über DIE LINKE bis zur CDU/CSU waren sich alle Redner einig, dass Elektromobilität eine gute Idee sei und dass Deutschland hier technologisch eine führende Rolle übernehmen sollte.

Sowohl die FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen hatten in ihren Anträgen die meisten Vorschläge der Erneuerbaren Energiebranche (siehe SONNENENERGIE 06-2008, „Fördermaßnahmen“) wohlwollend aufgenommen. Leider konnte es sich die FDP nicht verkneifen, die generelle Abschaffung der Stromsteuer (Öko-steuer) als auch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke mit in den Antrag zur Elektromobilität zu packen. In der Debatte wurde jedoch vor allem der gelungene

Antrag 16/12097 zu den Rahmenbedingungen in den Vordergrund gestellt.

Deutlich konstruktiver, aus Sicht der Erneuerbaren Branche, war da der Antrag der Grünen. Man ist über die von uns geforderten Fördermaßnahmen hinausgegangen und hat der Bundesregierung mehr als 20 konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Darunter befinden sich Punkte wie die Schaffung von Pioniermärkten (analog zum 100.000 Dächerprogramm der Solartechnik), Konzepte für neue KfW-Darlehen zur Markteinführung bis hin zum fast schon radikalen, aber überaus sinnvollen Verbot von Motorrollern mit Verbrennungsmotor ab 2015.

Frei nach dem allgemeinen politischen Handlungsgrundsatz „Was die Opposition will, das darf die Regierung schon aus Prinzip nicht beschließen“ wurden selbstverständlich die obigen Anträge alle abgelehnt und die Koalition hat beschlossen erstmal bis Ende 2009 abzuwarten, was die Ministerien für Maßnahmen vorschlagen werden. Gut 45 Minuten dauerte die Show und dann war das Thema für diese Wahlperiode abgehakt.

### Geld alleine schafft keinen Markt

Es ist erfreulich und die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie begrüßt es ausdrücklich, dass die Bundesregierung nennenswerte Geldbeträge für die Elektromobilität bereitstellt. Gerade im Bereich der Batterietechnik gibt es noch sehr viele Dinge zu lernen, zu erfinden, zu prüfen und zu produzieren.

Doch die Geschichte der Erneuerbaren Energien zeigt ganz deutlich: Subventionen für Feldversuche schaffen keinen Markt. Erst durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das einen fairen Marktzugang und eine langfristige Investitionssicherheit geschaffen hatte, ist eine Zukunftsindustrie entstanden. Was Elektromobilität braucht ist genau das Gleiche: faire Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit. Hierzu muss man kein Geld drucken, sondern Gesetze verändern.

Weitere Informationen unter:

■ [www.e-energie.info](http://www.e-energie.info)

Bundestagsdurschsachen:

■ 16/12693 – CDU, CSU, SPD

■ 16/10877 – FDP

■ 16/12097 – FDP

■ 16/11915 – Bündnis 90/Die Grünen

### ZUM AUTOR:

► Tomi Engel leitet den DGS Fachausschuss Solare Mobilität  
tomi@objectfarm.org